Nummer 256 — 27. Jahrgang
Erscheint 6mal wöchentl. mit den illustr. Gratisbeilagen „Die Welt" und „Für unsere kleinen Leute", sowie den Textbeilagen „St. Benno-Blatt", „Unterhaltung und Wissen", „Die Welt der Frau", „Herzlicher Ratgeber", „Das gute Buch", „Illustrierter Monatlicher Bezugspreis 3 Mk. einschl. Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pf. Sonnabend- u. Sonntagnummer 20 Pf.
Hauptschriftleiter: Dr. G. Todczyk, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Donnerstag, 8. November 1928
Verlagsort: Dresden
Anzeigenpreise: Die 1gespaltene Petitzeile 30 Pf., Familienanzeigen u. Stellengesuche 20 Pf. Die Petitreklamezeile, 8mm breit, 1 M. Für Anzeigen außerhalb des Verbreitungsgebietes 40 Pf. die Petitreklamezeile 1,30 M. Offertengeb. 20 Pf. Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anzeigen-Aufträgen u. Leistung v. Schadenersatz.
Geschäftlicher Teil: Artur Lenz, Dresden.

Geschäftsstelle, Druck u. Verlag: Germania, A.-G. für Verlag und Druckerei, Filiale Dresden, Dresden-A. 1, Pillnitzer Straße 17, Fernruf 20012. Postscheckkonto Dresden 1293. Bankkonto Stadtbank Dresden Nr. 6171.

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung Dresden-Altstadt, 1, Pillnitzer Straße 17, Fernruf 20711 und 20712.

Der Wahltag in Amerika

Stärkste Wahlbeteiligung

Neuyork, 7. November.

Die Wahlbeteiligung im ganzen Lande ist so rege, daß vielfach die Bekanntgabe des Endergebnisses in einzelnen Wahllokalen schon vor dem offiziellen Schluß erwartet wird. Es laufen bereits Teilergebnisse, namentlich aus dem Süden und mittleren Westen ein, wobei **im Süden, hauptsächlich in den ländlichen Bezirken, Smith die Führung hat, während im mittleren Westen und in einigen Atlantikstaaten anscheinend Hoover an erster Stelle steht.** Teilergebnisse aus Texas weisen einen scharfen Kampf zwischen beiden Kandidaten auf.

In Atlantic-City, Philadelphia und einigen anderen Orten ist es zu Zusammenstößen zwischen republikanischen und demokratischen Wählern gekommen, da bei der Stimmabgabe angeblich Betrügereien verübt worden sein sollen. Die Ruhestörungen wurden jedoch rasch beigelegt, nachdem einige Hauptschreier verhaftet worden waren. Ein ernsterer Zwischenfall ereignete sich in Charleston (Westvirginia), wo ein Wähler, der mit einem anderen Wähler in ein politisches Wortgefecht geriet, von seinem Gegner angeschossen und so schwer verletzt wurde, daß er sich in kritischem Zustand befindet.

Das in Neuyork und den meisten Landesteilen herrschende schöne Wetter läßt eine Wahlbeteiligung erwarten, die einen Rekord darstellen dürfte. Die Berichte aus Neuyorker Wahlbezirken melden eine außerordentlich starke Stimmabgabe. Seit den frühesten Morgenstunden herrscht an den meisten Wahlplätzen großer Andrang. Hunderte von Wählern, darunter viele Frauen, warten in Reih und Glied vor den Wahllokalen. Allein in der City von Neuyork wird die Abgabe von etwa zwei Millionen Stimmen erwartet. Der Neuyorker Polizeikommissar hat 8000 Polizisten, etwa die Hälfte der gesamten Polizeimacht, sowie 1500 Spezialbeamte zur Ueberwachung der Wahltätigkeit aufgeboten. Auch aus den übrigen Teilen des Staates Neuyork, sowie aus den Landesteilen an der Küste des Stillen Ozeans wird stärkste Wahlbeteiligung gemeldet. In Chikago waren 2½ Stunden nach Eröffnung des Wahlaktes von der Gesamtstimmzahl von 1 385 000 bereits über 300 000 Stimmen abgegeben. Kansas-City meldet nach zweistündiger Wahltätigkeit die Abgabe von über 50 000 Stimmen, was ungefähr einem Viertel der Gesamtstimmenzahl entspricht.

Der mexikanische Justizskandal

London, 6. November.

In dem Prozeß gegen den Mörder des Generals Obregon, José Toral, und die mitangeklagte Nonne ist eine sensationelle Wendung eingetreten. Die Regierung hat nach den Erklärungen des Angeklagten, daß er nach seiner Verhaftung neun Stunden lang von der Polizei der schwersten Tortur unterzogen wurde, um ihn ein Geständnis zu erpressen, und daß er schließlich auf die Drohung, daß auch seine Frau mißhandelt würde, ausgesagt habe, alle drahtlosen Anlagen aus dem Gerichtssaal entfernen lassen. Die Zeitungen sind aufgefordert worden, sich der Berichterstattung und jeder Kommentare über den Prozeß zu enthalten und die Veröffentlichung von Photographien einzustellen. Auch die offiziellen Presseberichte werden den Zeitungen in Zukunft nicht mehr zur Verfügung gestellt werden.

Die Krise in Frankreich

Nach Poincarés Rücktritt

Paris, 6. November

Die vier radikalsozialistischen Minister Herriot, Sarraut, Perrier und Queuille statteten dem französischen Ministerpräsidenten Poincaré heute vormittag einen Besuch ab und überreichten ihm ihr Rücktrittsgesuch. An dem Ministerrat der unter Vorsitz des Präsidenten der Republik im Elysée stattfand, haben die vier Minister nicht mehr teilgenommen.

Auf Grund des Rücktritts der vier radikalsozialistischen Minister richtete Ministerpräsident Poincaré ein Schreiben an den Staatspräsidenten Doumergue, indem er den Gesamtrücktritt des Kabinetts erklärt. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

„Ich habe soeben von meinen Kollegen Herriot, Queuille, Perrier und Sarraut das beigefügte Rücktrittsschreiben erhalten. In der Absicht, eine Zusammenarbeit zu erhalten, die ich für das öffentliche Wohl nützlich hielt, habe ich seit langem gesagt, daß wenn irgendeines der Kabinettsmitglieder zurücktreten sollte, ich mich gezwungen sehen würde, unsere Gesamtdemission zu geben. Ich habe daher die Ehre, Sie Ihnen zu überreichen."

Staatspräsident Doumergue hat die Demission angenommen. Die Beratungen über die Ministeriumbildung beginnen um 3 Uhr nachmittags im Elysée.

Der Rücktritt des Kabinetts Poincaré kommt trotz der Krisenstimmung, die seit Wochen anhält, überraschend, da man am Montagabend noch in parlamentarischen Kreisen hoffte, über die Schwierigkeiten hinwegzukommen. Es ist bis jetzt noch nicht klar, ob Poincaré an eine Neubildung des Kabinetts herantreten wird. Allerdings ist es fraglich, ob er noch einmal sich bereitfinden wird, eine neue Kabinettsbildung zu übernehmen. In diesem Zusammenhang sei an einen Ausspruch von ihm erinnert, den er vor etwa einem Jahre tat und der dahin lautete, daß, falls er gestürzt werden sollte, er sich von der Politik zurückziehen würde. Es sei weiter darauf hingewiesen, daß die beiden Mitglieder der Republikanisch-sozialistischen Partei, Briand und Painlevé, politisch weiter links stehen als die der radikalsozialistischen Gruppe angehörenden Minister. Auch die Anhänger Briands und Painlevés beschlossen auf ihrem Pariser Parteitage vom vorigen Sonntag, die bekannten Kongregationsparagraphen 70 und 71 des Finanzentwurfes abzulehnen.

Der Präsident der Republik hat das zurückgetretene Kabinett Poincaré mit der Führung der laufenden Geschäfte beauftragt. Der Präsident begann am Nachmittag seine Verhandlungen zur Bildung eines neuen Ministeriums. Er hat, wie üblich, zunächst mit den Präsidenten von Kammer und Senat verhandelt. — In den Wandelgängen der Kammer hat die durch die Demission des Kabinetts geschaffene Lage besonderes Aufsehen erregt, weil heute das Parlament wieder zusammentreten sollte. Nach Havas beurteilt man in den Wandelgängen der Kammer die Lage als vollkommen ungeklärt. **Es ist möglich, daß mehrere Tage vergehen werden, bis der Präsident in der Lage ist, den künftigen Ministerpräsidenten zu bestimmen.**

Wenn man nur die Kräfteverteilung im Parlament berücksichtigt, so widerspricht nichts der Annahme, daß Doumergue aufs neue Poincaré zur Bildung der Regierung auffordert, zumal er stets das Vertrauen der Kammer erhalten hatte. Gesetzt den Fall, daß Poincaré die Kabinettsbildung übernimmt, darf man sich nicht verhehlen, daß er auf ernste Schwierigkeiten stoßen wird angesichts der von den Radikalen eingenommenen Haltung. Man faßt unter diesen Umständen auch die Möglichkeit der Bildung eines Kabinetts auf neuer politischer Grundlage ins Auge: entweder ein Ministerium der republikanischen Konzentration oder ein in sich geschlossenes Ministerium der Linken oder der Mitte.

Die außerordentliche Bedeutung des Rücktritts der Regierung wird aber vor allem in dem möglichen Ausscheiden Poincarés von der Leitung der politischen Geschäfte erblickt, da er es verstanden hat, während der letzten zwei Jahre seiner zielbewußten und für Frankreich so erfolgreichen Regierung sich Sympathien auch in den Kreisen zu erwerben, die ihm politisch von Hause aus fern standen. Vom französischen Standpunkt aus würde der Rücktritt Poincarés und sein etwaiges Ausscheiden aus der politischen Arena einen schweren Verlust bedeuten. Durch seinen Rücktritt wird das von ihm entworfene und der Finanzkommission der Kammer bereits vorgelegte Budget für 1929 auf das ernsteste bedroht.

*** Bau einer Funkstation bei Genf.** Die Radio-Schweiz A.-G. beschloß den Bau einer radiotelegraphischen Sende- und Empfangsstation bei Genf. Die Baukosten werden mit rund einer Million Franken veranschlagt.

Bratianus Sturz

(Von unserem Vertreter.)

G. I. Wien, 5. November.

Bei dem von uns bereits im Juli vorausgesagten erzwungenen Rücktritt Vintila Bratianus haben wir zwischen dem Anlaß und der eigentlichen Ursache deutlich zu unterscheiden. Der Regentschaftsrat nahm den bevorstehenden zehnten Jahrestag Großrumäniens am 1. Dezember zum Anlaß, zu erklären, daß es bei dieser Feier untunlich, ja geradezu unmöglich wäre, daß jene Partei, welche die Vereinigung Siebenbürgens mit dem Altreich proklamierte, in haßerfüllter Feindschaft gegen die Regierung stünde; der Regentschaftsrat forderte daher eine Konzentration, welche Forderung Bratianu unmöglich erfüllen konnte, weil die Nationalzaranisten eine derartige Bindung strikte ablehnten. Die amtlich verbreitete Darstellung beleuchtet sonach den Anlaß, sie beleuchtet die Tatsache, daß sich der Regentschaftsrat stark genug fühlt, der liberalen Dynastie Bratianu ein unerfüllbares Ultimatum zu stellen, sie übergeht aber die Ursache, die in der Anleihe-Frage zu erblicken ist.

Bratianu unterstreicht in seiner Verlautbarung den Umstand, daß der Anleihe-Abschluß so gut wie perfekt sei; dies tat Bratianu bereits seit Monaten, so daß in Rumänien das geflügelte Wort entstand: „Wenn Bratianu etwas behauptet oder etwas dementiert, so ist gerade das Gegenteil wahr!" Der Abschluß der Anleihe wurde bereits im Laufe des Juli behauptet; an ihre Stelle trat, als sie ausblieb, der Begriff des „Vorschusses", den ein französisches Konsortium zugesagt habe. Als es sich herausstellte, daß auch dieser Vorschuß erst einen später zu effektuierenden Vorvertrag darstellte, in dessen Zug das französische Kapital die franko-rumänische Kriegsschuldenreglung erzwungen hatte, sprang die Banca Commerciale mit einem kurzfristigen Darlehen ein; in der äußersten Not der Notwendigkeit der Erntefinanzierung, die ohne Darlehen einen Zusammenbruch des Lei herbeigeführt hätte, begab sich der frankophile Bratianu in die Hände des italienischen Kapitals. Für Italien aber war der Sturz der Liberalen eine seit Avarescus Sturz erstrebte Sache. Bratianus Suchen nach der großen Anleihe stieß daher unentwegt auf Italiens unterirdischen Widerstand, der sich um so nachhaltiger auswirken konnte, als die Prämissen der Anleihe noch immer nicht über das Stadium der Vorerwägung hinaus gediehen sind.

Wiederholt man sich die Vorbedingungen, so konzentrieren sie sich in zwei Punkten: 1. Die Regelung der deutsch-rumänischen Finanzdifferenzen, 2. die Kontrollforderungen der Geldgeber, welche sich ungefähr in dem Rahmen halten, der mit den Anleihen Griechenlands und Bulgariens verbunden, sowie bei der jugoslawischen Anleihewerbung ebenfalls aufgeschienen war. Gewiß scheint die Regelung mit dem Deutschen Reich nahe gerückt; aber vollzogen war sie bisher nicht. Und die Kontrollforderungen setzen eine Reihe von Umänderungen im staatsfinanziellen Leben Rumäniens voraus, deren Durchführung monatelang gewährt hätte. Zeitgewinn war zwar die alte Taktik Bratianus, so hätte er sein Regime noch unbegrenzt fortführen können, wenn es allein nach ihm gegangen wäre; aber die drohende Rückforderung der kurzfristigen Anleihe der Banca Commerciale bald nach Jahreswende, der bevorstehende Nationalfeiertag der Gründung Großrumäniens, der Emanzipierungswillen des Regentschaftsrates gegenüber der liberalen Bevormundung, die Erkenntnis, daß Vintila Bratianu nicht die gleiche Brutalität besitzt, wie sein verstorbener Bruder, nicht zuletzt aber der entschwundene Glauben an Vintila Bratianus Anleihe-Versprechen, sowie die Erkenntnis, daß es diesem innerpolitisch heiß umbrandeten Regime kaum gelingen werde, das Auslandskapital von der „Konsolidierung Rumäniens", also im Sinne der Anleihebegebung, zu überzeugen — dies alles wirkte zusammen, daß der Regentschaftsrat den Zeitpunkt als gegeben erachtete, den Liberalen den Gnadenstoß zu geben, wodurch er obendrein nicht nur seine Macht, sondern auch seine Popularität stärkte. Mit der Geste, die Anleihe sei so gut wie abgeschlossen, stürzte Bratianu und zimmerte sich damit das Schlagwort für seine künftige Oppositionsstellung, weil er weiß, daß auch die kommende Regierung einen Weg voll Steinen und Dornen bis zur Erreichung der Anleihe zurücklegen muß, die Rumäniens Staats- und Volkswirtschaft unbedingt braucht.

Wer folgt nun den Liberalen? Zwei Gruppen von Anwärtern sind nach Ausschaltung der Liberalen zu erkennen. Die eine ist die nationalzaranistische Partei Manius', die zweite eine Interessengemeinschaft Avarescus mit Jorga; zwischen beiden steht die Bauernpartei Lupus, der anläßlich der letzten Wahlen von den Nationalzaranisten zu den Liberalen wechselte, seit

---

Die heutige Nummer enthält die Beilage „Unterhaltung und Wissen".